

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Jahrszahlung des Monats für Groß-Berlin 16 M., im voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen sämtliche deutschen Postämter entgegen. Unter Erschließung des Postverkehrs für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Osmanische Reich sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., in das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Berlin Straße 50b.

Die schillingbezogene Konsumsteuer über deren Raum lohnt 4.- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Steuerungsgebühr. Leichter Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor der englisch-französischen Verständigung

### Die erlösende Formel

Gestern war der französische Ministerrat zweimal verammelt, um über die Lage zu beraten. Nachher erschien der englische Botschafter Lord Hardings wiederum bei Briand. In Paris wird behauptet, daß die Besprechung der beiden von entscheidender Bedeutung gewesen sei und daß es die Grundlage für die Verständigung zwischen der englischen und französischen Regierung vorbereitet habe. Offiziell wurde heute früh folgende Meldung ausgegeben:

Paris, 30. Juli.

Havas meldet: Briand hatte gestern Abend eine Besprechung mit Lord Hardings und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach Empfang der englischen Antwort mit. Briand wird heute Lord Hardings eine Note überreichen, in der die verschiedenen Stufen der Unterhandlung über die oberste Frage nochmals zusammenfassend wiedergegeben werden, und worin eine Antwort auf die hauptsächlichsten Ausführungen der britischen Denkschrift gegeben wird. Dieser Rückblick auf die bisherigen Ereignisse erscheint jedoch ziemlich nebensächlich. Die Hauptsache ist die Frage: Welche Politik werden Frankreich und Großbritannien in der obersten Frage nunmehr einnehmen? Das eine ist wohl sicher, daß sie beide von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Solidarität der Verbündeten auf engste zu wahren. Deutschland erklärt, nach dem Wortlaut des Friedensvertrages könne die Entsendung von Verstärkungen nicht erfolgen, wenn sich die Verbündeten vorher nicht verständigt haben. Frankreich kann, so erklärt Havas weiter, nicht zugeben, daß die Reichsregierung den Versuch macht, es auf diesem Wege von seinen Verbündeten zu isolieren. Es ist das eine Frage der nationalen Würde. Es ist daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Der vernünftigste Weg würde darin bestehen, daß noch vor Zusammenritt des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin erfolgen würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert würde, jetzt schon die Maßnahmen zur Beförderung der französischen oder sonstigen Verbandsstruppen als Verstärkung für Oberschlesien zu ergreifen. Sodann würde der Oberste Rat in seiner ersten Sitzung diese Frage der Verstärkungen erörtern, und erst nach Abschluß dieser Frage würde man an die eigentlichen sachlichen Besprechungen über die Teilung Oberschlesiens herangehen. Dieses Verfahren ist anscheinend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

Die Berge haben also wieder einmal gekreist, um ein Mäuslein zur Welt zu bringen. Die französische Regierung ist durch eigene Schuld gezwungen, eine Formel zu finden, die ihren sachlichen Rückzug verschleiern soll. Wenn sie die Bestimmungen des Friedensvertrages beachtet hätte, so wäre der ganze diplomatische Lärm unnötig gewesen. In keinem Augenblick hat es sich darum gehandelt, die nationale Würde Frankreichs anzutasten und selbst der beschränkteste Politiker in Deutschland hätte erkennen können, daß eine Spekulation auf den Zerfall der englisch-französischen Allianz gerade den entgegengesetzten Erfolg hätte erzielen müssen. Wenn die drei an Oberschlesiens Befreiung beteiligten Mächte die angelegentlichste Aufforderung an die deutsche Regierung richteten sollten, Vorbereitungen für Truppenverstärkung zu treffen, so wird sich die Regierung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages dem nicht entziehen können. Das ist aber ganz etwas anderes als was die französische Regierung bisher immer verlangt hat.

Übrigens nimmt man in Paris an, daß nicht nur französische, sondern auch englische Truppen in gleicher Stärke nach Oberschlesien entsandt werden sollen. Und sie sollen so rechtzeitig im Abstellungsgebiet eintreffen, daß sie dort sind, wenn der Oberste Rat seine Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal bekanntgeben wird.

## Eine englische Note an Frankreich

Paris, 29. Juli.

Havas meldet aus London: Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Note, die gestern Abend von der britischen Regierung an Frankreich gesandt wurde, ein in verständlichem, aber gleichzeitig energischem Ton gehaltenes Schriftstück ist. Sie wurde von Lord Curzon nach dem Ministerrat von gestern vormittag ausgearbeitet und von den Ministern in der Nachmittagsitzung mit nur geringfügigen Änderungen angenommen. Die Note ist ein langes, mit der Schreibmaschine geschriebenes Schriftstück von ungefähr 12 Seiten Kanzleiformat.

Der erste Teil ist einer Prüfung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden, und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Ueberreichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli ohne vorhergehende Verständigung mit den Alliierten sich abgepielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit gewesen, die bisher befolgt wurde. Dieser Hinweis dient nicht nur dazu, die französische Regierung an das zu erinnern, was sich tatsächlich ereignet hat, sondern auch die

Form zu beleuchten, in der die britische Regierung immer wieder den Grundsatz der engen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung zwischen den alliierten Regierungen befolgt hat.

Die Note bringt sodann das Erstaunen zum Ausdruck, daß die britische Regierung bei der Aenderung der Haltung der französischen Regierung empfand, die in den ersten Tagen der Woche sich von dem Grundsatz der Zusammenarbeit entfernte, auf den Lord Curzon und der französische Botschafter dringend hingewiesen und worüber sie sich verständigt hatten. Die Note erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April letzten Jahres Millerand die endgültige Zusicherung gab, daß die französische Regierung keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen würde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berühren. Die Note drückt dann die Enttäuschung aus, die nicht nur durch die offenbare Absicht der französischen Regierung, von dem damals angenommenen Grundsatz abzuweichen, hervorgerufen wurde, sondern auch durch den offensichtlich unfreundlichen Ton der Mitteilung der französischen Regierung vom letzten Mittwoch. Es widerstrebt der britischen Regierung zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfreundliche Absichten seitens der französischen Regierung einschließt.

Alles, was Großbritannien verlangt, ist eine Allianz, die durch die schrecklichen Opfer der Alliierten zusammengesetzt wurde und die auf der gleichen Grundlage gegenseitigen Vertrauens weiter bestehen bleibt. Die Note fügt hinzu, daß Großbritannien, um zu diesem Ziele zu kommen, der französischen Regierung schon viele Zugeständnisse gemacht habe und bereit sei, solche auch weiterhin zu machen. Was aber den Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung der Alliierten in Oberschlesien und andere Fragen, die die Friedensverträge betreffen, anbetrifft, so ist es Großbritannien durchaus unmöglich, Maßnahmen zuzulassen, die unvermeidlich die Grundlage der Allianz erschüttern können. Die britische Regierung fühlt sich verpflichtet, anzufordern, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten erteilen will, denn solange die Frage nicht geklärt ist, sei es schwierig zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

## Amerika will nicht vermitteln

Paris, 29. Juli.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington, es sei endgültig bekannt geworden, daß Amerika nicht den Wunsch geäußert habe, die Schiedsrichterrolle in der oberste Frage zu übernehmen. Botschafter Harney werde der Sitzung des Obersten Rates nur als Beobachter beimohnen.

## Aus dem Sachverständigenausschuss

Paris, 29. Juli.

Die erste Sitzung des neuernannten Sachverständigenausschusses für die oberste Frage hat gestern vormittag am Quai d'Orsay stattgefunden. Nach Aufstellung des Arbeitsplanes hat die Konferenz sich sofort an die Arbeit begeben.

Wie „Petit Parisien“ schreibt, haben sich die Mitglieder des Ausschusses verpflichtet, strengste Diskretion über die Verhandlungen zu wahren. Das Blatt glaubt jedoch zu wissen, daß alle Ausschussmitglieder von dieser ersten Fühlungsnahme einen sehr günstigen Eindruck gehabt hätten, so daß sie die Hoffnung hegten, dem Obersten Rat einen gemeinsamen Grenzvorstoß unterbreiten zu können.

## Der unbequeme Bürgerblock

Wir wiesen bereits in unserer heutigen Morgenausgabe darauf hin, daß die öffentlichen Erörterungen über den kommenden Bürgerblock zu den Stadtverordnetenwahlen den bürgerlichen Parteien recht unangenehm sind. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der „Demokrat“ Wertes das „Berliner Tageblatt“ zu der Erklärung ermächtigt, daß der ihn betreffende Teil der Mitteilungen des „8-Uhr-Abendblattes“ in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Wenn die Demokraten jedoch die Öffentlichkeit davon überzeugen wollen, daß sie dem Bürgerblock ablehnend gegenüberstehen, so wäre eine positive Erklärung von ungleich größerem Wert.

Im übrigen aber ist es auch ziemlich unerheblich, ob der Bürgerblock rein formell vor den Wahlen in die Erscheinung treten wird. In der Tat besteht bereits ein Bürgerblock. Er hat ja auch bereits seine Wirksamkeit gezeigt, als die bürgerlichen Parteien völlig einmütig aus politischen Gründen die Herrschaft der jetzigen Stadtverordnetenversammlung gerichtlich ansuchten und durch juristisch unhaltbares Urteil des Oberverwaltungsgerichts ihr Ziel erreichten.

Dieser Bürgerblock der Tat kann deshalb auch durch irgendwelche Erklärungen nicht aus der Welt geschafft werden. Auch ist es sicher, daß er in der künftigen Stadtverordnetenversammlung bestehen wird. Seine Herbeiführung ist ja der einzige Zweck der Wahlen. Was insbesondere die Demokraten hindert, sich jetzt bereits zu diesem Bürgerblock zu bekennen, das ist ja nur die Furcht vor den Wählern, nicht aber eine demokratische und soziale Gesinnung.

## Die Not der Sozialrentner

Von Aug. Karsten, M. d. R.

Die schändliche Behandlung der Invaliden, Witwen und Waisen durch den Reichstag am 6. und 7. Juli wirkt gehierischer denn je für jeden Sozialpolitiker die Frage auf: Was soll künftig werden? Der jetzige Zustand ist für die Sozialrentner unhaltbar, die Not steigt unaufhaltsam und das Sterben vieler Sozialrentner mit ihren unglücklichen Angehörigen ist die Folge.

Nat und Elend erzeugt sogenanntes Verbrechen. Wieviel Kinder von Sozialrentnern sind nicht schon durch das „böse“ Beispiel der Eltern oder durch Hunger zu Dieben geworden? Wie groß ist der Schaden an der Volksgesundheit, diesem hohen Gut, durch die Unterernährung der Kinder der Invaliden.

Schuld an all diesen Zuständen sind jene Kreise, die vor lauter staatszerhaltender Tätigkeit nicht sehen wollen, was für Elend sie häufen. Wir danken für solche positive Arbeit!

So kann es nicht weitergehen. Es muß geholfen werden. Und es ist zu helfen, wenn der Wille vorhanden ist. Die Sozialrentner dürfen nicht noch einmal einen 7. Juli erleben.

Wie ist Hilfe zu bringen?

Das Reich ist zunächst verpflichtet, für jene einzustehen, die unfähig sind, sich und ihre Familien selbst zu ernähren. Es ist Pflicht des Staates, für die Schwachen zu sorgen, nicht bloß für die Starken — den Armen müßte der Staat helfen, und nicht den Reichen. Solange Geld für alle möglichen anderen Zwecken da ist, muß auch Geld da sein, den Hunger der Sozialrentner zu stillen. Wir müssen also zunächst darauf drängen, daß das Reich seine sozialen Pflichten wolle und ganz erfüllt durch Gewährung hinreichender Zuschüsse an die Versicherungsträger.

Dann aber ist notwendig, der heutigen Invalidenversicherung andere finanzielle Grundlagen zu geben, die Finanztechnik den Zeitnotwendigkeiten anzupassen. Von den verschiedensten Seiten hören wir heute, die Invalidenversicherung sei bankrott. Das ist falsch. Freilich, in dem Rahmen der bisherigen Finanztechnik kann nicht weitergearbeitet werden. Das sogenannte Kapitaldeckungsverfahren, das die Beitragseinnahmen zum Teil dem Vermögen zuschlägt, um Kapitalien anzukäufen für künftige Rentenlasten, ist nicht aufrechtzuerhalten. Die Landesversicherungsanstalten sträuben sich heute noch gegen die notwendige Aenderung ihrer Finanzgrundzüge, aber die Zeit wird auch darüber hinweggehen.

Was heute notwendig ist, ist das Aufbringen der Summen, die jährlich notwendig sind. An Stelle der Kapitaldeckung das Umlageverfahren.

Beim Umlageverfahren sind die Mittel für die laufenden Ausgaben aufzubringen. Die Beiträge sind den Ausgaben anzupassen. Ohne gewisse Reserven wird freilich kaum auszukommen sein. Diese Reserven müssen auch rechtzeitig wieder aufgefüllt werden, wenn sie angegriffen wurden, oder sie müssen gestärkt werden, wenn außerordentliche Auswendungen künftig zu erwarten sind. Das 2,3 Milliarden Mark betragende Vermögen der V. B. A. ist der geeignete Reservenfonds. Das Umlageverfahren verläßt allerdings im hohen Maße die bisherigen Grundsätze in der Invalidenversicherung und geht schärfer den Weg sozialer Fürsorge.

Festhalten am Prinzip der Kapitaldeckung ist unmöglich. Damit würde den Invaliden nicht geholfen werden können. Und darum die jetzt vorhandenen Invaliden im Elend verkommen zu lassen, damit für später werdende Invaliden das Kapital angehäuft wird als Garantiefonds, das halte ich für höchst unsozial und auch angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands für unmöglich.

Das Kapitaldeckungsverfahren verlangt so hohe Rücklagen auf Grund versicherungstechnischer Berechnungen, damit diese Rücklagen nicht nur die Verpflichtungen beim Eintritt des Versicherungsfalles decken, sondern auch bereits vor Beginn des Versicherungsfalles die bestehenden Anwartschaften auf Renten usw. kapitalisieren. Wie wirkt dieses System heute in der Praxis?

Ende 1919 betrug das Vermögen der V. B. A. 2,3 Milliarden Mark. Davon wurden damals rund 1,3 Milliarden Mark zur Kapitaldeckung der laufenden Renten benützt, währenddem eine Milliarde Mark als Deckung der erworbenen Anwartschaften galt. Durch die im Jahre 1920 beschlossenen Rentenzulagen ist die Kapitaldeckung für die laufenden Renten vielleicht noch gegeben, für die erworbenen Anwartschaften sind Mittel sicher nicht mehr vorhanden. Bei den gegenwärtigen Leistungen der V. B. A. wird die Kapitaldeckung und die Deckung der Anwartschaften zusammenbrechen müssen. Die Leistungen sind zwar völlig ungenügend, gegenüber früher aber etwa verunsfacht. Das Kapital müßte entsprechend der Rentensteigerung erhöht werden. Das ist ausgeschlossen. Selbst durch die neugeschaffenen hohen Beiträge und ohne irgendwelche Gegenleistung der V. B. A. ist das System unhaltbar.

Aber es kann ja im Ernst natürlich niemand daran denken, daß die neugeschaffenen Beiträge ohne wesentliche Renten-



Nie wieder Krieg!

Von Georg Helle

Zum siebenten Male führt sich der Tag des großen Nord- und Südpoles, der unsere angeblich kulturell hochstehende Zeit in ein namenloses Elend stürzte.

Aber wir müssen uns einmal darüber klar werden, daß es mit einem bloßen Lippenbekenntnis nicht getan ist. Wir müssen versuchen, die Ursachen dieses graußigen Völkermordens aufzudecken und diese dann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf das Schärfste zu bekämpfen.

Wir werden noch lange unter dem Druck jenes Ungeistes der Gewalt, jenes Geistes eines verhöhrten Chauvinismus, zu leiden haben, wenn wir Arbeiter nicht einmal die Worte des kommunistischen Manifestes wahr machen: „Arbeiter aller Länder vereint euch!“

Am Sonntag findet - wie in ganz Deutschland und England - auch in Berlin im Lustgarten, auf dem Schlossplatz und vor dem Rathaus um 11 Uhr vormittags eine Riesenkundgebung der gesamten Berliner sozialistischen und pazifistischen Arbeiterklasse statt, deren Programm nur die drei Worte „Nie wieder Krieg!“ enthält.

Nie wieder Krieg!

Georg im Zeughaus zu Boroneß noch im 19. Jahrhundert verwendet. — Vom Persischen Golf bis an die Westküste Indiens, Caprons und Malakinen, auch nach Arabien hinein lief noch im 19. Jahrhundert als Geld ein Stück einfacher oder verzierter Bronze, das um, der der Form nach auf den Angelegenheiten zurückzuführen wird.

Aus dem diese Zeichengeräte haben sich aus dem primitivsten, dem Kupfer- oder Zinnblech entwickelt. Die Eigentümlichkeit des Kupfergeldes war, daß es funktionell bald Gut, bald Geld sein konnte. Wenn A eine Fackel für die Fackel des B gibt, so kann der diese Fackel gebrauchen oder dem C gegen Getreide geben, der die Fackel wieder B und so fort.

Das Sinnbild der Korruption. Dante gibt seiner Hölle die Form eines Trichters, der von der Erdoberfläche zur Mitte des Erdinnern geht. Je tiefer nach unten, desto enger werden die Kreise, immer enger werden die verdorrten Seelen zusammengepreßt, immer staubiger werden die Strafen, die der Dichter erfand.

Hört auf mit dem Schwindeln!

Wiederholt haben wir festgestellt müssen, daß in der Redaktion der „Roten Fahne“ nicht nur geschwindelt, sondern dazu noch sehr leicht geschwindelt wird. Wie durch dieses Handwerk die Interessen des Proletariats geradezu verdrängend geschädigt werden, das mag folgendes Beispiel zeigen:

Wir müssen es auch zugeben, dem Beispiel bürgerlicher Menschenfreunde während der Kriegsjahre nachzuahmen, indem wir hungernden russischen Kindern in unseren Heimen Unterkunft und Verpflegung bieten.

Zwei Tage danach bringt das Blatt eine Feuilleton von Max Noth-Mato, betitelt „Ferien“. Es wird dort auseinandergesetzt, wie schlecht für die Erholung der Proletarierkinder bei uns georgt ist.

„Sonne, gute Luft, beste und reichliche Nahrung den Kindern, das ist in den letzten Jahren eine Forderung der Arbeitervortreter aller Länder gewesen. Allein in Rußland ist diese Forderung restlos erfüllt.“

Bewundert werden sich die Leser der „Roten Fahne“ gefragt haben: Woju also Lärm? Wenn es den Kindern in Rußland so gut geht, weshalb werden dann die deutschen Arbeiter aufgefordert, ihre Heime für sie zu öffnen?

Der Kampf gegen die Hungersnot

Wie die „Kofa“ aus Moskau meldet, hat in der Sitzung des allrussischen Disziplinärkomitees Schneider über die Lage der deutschen Kolonisten im Wolgagebiet berichtet. Das Volkskommissariat für Volksernährung hat bisher dorthin 28 000 Rubel Getreide und 15 000 Rubel Fische gesendet.

Das allrussische Zentral-Exekutivkomitee hat zur Errichtung von Kinderkochen im Gouvernement Samara 2 Milliarden Rubel bewilligt.

Die Seeleute der baltischen Flotte beschlossen, allmonatlich aus einem Teil ihres Gehaltes zugunsten der Notleidenden zu verzichten.

Die Moskauer Sowjetarbeiter haben für die Hungernden den dreitägigen Arbeitslohn gespendet.

Die polnische Budgetkatastrophe

III. Warschau, 30. Juli.

Die Rede des Finanzministers bei der Einbringung des Budgets kündigte angedeutet das Defizit von 80 Milliarden bei einem Gesamtstaatsbudget von 200 Milliarden eine Erhöhung der indirekten Steuern und eine Erweiterung der Staatsmonopole an.

gängen ihn und ein Menschenhals und Menschenkopf krönen das Konstrum. Der Rücken des Alligators ist mit Knoten und Ringen besetzt, die in so wunderbaren Farben schillern, wie sie selbst in den Geweben der Lurken und Tarnarten nicht vorkommen.

Die Arbeitsleistung der Filmgenuss. Die Filmzählstelle Berlin hat nach der „Lichtbildschau“ im ersten Halbjahr 668 Filme von 1142 350 Metern Länge geprüft. Hieran wurden 8 Filme von 8889 Metern Länge ganz und 907 Filme von 1 698 323 Metern für Jugendliche verboten; im ganzen wurden 54 Kameramänner abgemahnt.

Theorie und Praxis der Arbeitsschule. Eine „Pädagogische Herdwoche“ mit dem Thema „Theorie und Praxis der Arbeitsschule“ veranstaltete das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin vom 5. bis 10. September d. J. in Köln.

Tages-Notizen

Ein postales Festschreiben. Gemeinlich mit der Studentenschaft der Universität Halle hat die evangelische Studentenschaft des Christlichen Studentenbundes Verhandlungen zum Austausch von 100 bedürftigen deutschen und ungarischen Studenten in diesem Sommer getroffen.

Wahrsagen für Notleidende. Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Staates wird vom 1. August d. J. ab Montag und Donnerstag ein Eintrittsgeld von 2 M. erhoben. An den übrigen Wochentagen, an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, an denen die Sammelanstalt geöffnet ist, ist der Besuch unentgeltlich.

Die Landes-Darlehenskasse 7 Milliarden Banknoten emittierte, daß also der Vierteljahresertrag nicht einmal den Schuldzinswachs deckte.

Ein Zuchtgehesetz

Belgrad, 29. Juli.

Der Gesetzentwurf der Nationalversammlung hat mit größerer Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend den Schutz des Staates (1) angenommen. Gegen die Annahme stimmten nur die Kommunisten, die Republikaner und ein Teil der Agrarier.

Die „Grazer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Nachdem alle 33 Mandate der kommunistischen Abgeordneten für nichtig erklärt worden sind, werden bereits die Vorbereitungen für die Erstwahlfahrt getroffen. Die Kommunisten werden von allen öffentlichen Ämtern und den Gemeinderäten ausgeschlossen.

Fortgang der englisch-irischen Verhandlungen

London, 29. Juli.

Aus Dublin wird gemeldet: Wie verlautet, sagte das Komitee der Sinnfeiner in der Mittwochssitzung entscheidende Beschlüsse, die den Verlauf der Verhandlungen fördern werden. Man glaubt, daß die Sinnfeiner die Grundlage zu einer neuen Konferenz aufgestellt haben.

Ein neuer armenischer Mord

D. E. Konstantinopel, 29. Juli.

In Konstantinopel ist der Volkskommissar für Außenhandel der Sowjetrepublik Azerbeidshan, Debut Chan-Dschewanschar, der sich dort in einer Dienstan gelegenheit aufhielt, auf offener Straße von einem Armenier ermordet worden.

Besserung der amerikanischen Wirtschaftslage

New York, 29. Juli.

Garry, der Vorsitzende der United States Steel Corporation, erklärte, daß die Stimmung in der Handelswelt eine Besserung zeige. Staatssekretär Mellon teilte mit, daß das Schahama die Ausgabe von zwei neuen Anleihen im Gesamtbetrag von dreihundert Millionen Dollar beschlossen habe.

Schiebergeschäfte eines früheren Direktors der Reichsfettstelle

L. A. Breslau, 29. Juli.

In Breslau fand der Kaufmann Josef Lubinski, sein Sohn Ernst, der Kaufmann Jodor Acher und dessen Sohn Leo, Schwiegerknecht des Josef Lubinski, in Haft genommen worden. Lubinski war früher Direktor der Reichsfettstelle und gründete dann eine landwirtschaftliche Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft G. m. b. H.

Aufhebung der Judenzwangswirtschaft. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat dem Reichstag seine Unter- auschüsse die Aufhebung der Judenzwangswirtschaft vom 1. Oktober einstimmig genehmigt.

Die amerikanischen Truppen in Deutschland. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Kriegsministers befinden sich in Deutschland 13 796 amerikanische Soldaten. Die Belohnungskosten für diese betragen 276 391 192 Dollar, wovon Deutschland 240 744 511 Dollar bezahlen muß.

Der Landarbeiterstreik in Sachsen. Die vom Demobilisierungskommissar einberufenen Einigungsverhandlungen im Streik der Landarbeiter in der Amtshauptmannschaft Leipzig wurden als ergebnislos abgebrochen, da die Arbeiter auf ihrer Forderung von 1,50 M. Zuschlag pro Stunde verharren. Der Arbeitgeberverband lehnt nach wie vor die Forderungen der Arbeiter ab.

Streik der Elektrikalarbeiter in Bremen. Die Heizer des Elektrizitätswerkes haben infolge einer Schiffsperre zwischen einem Heizer und dem Vorsitzenden des Arbeiterrates des Elektrizitätswerkes die Arbeit niedergelegt. Ein sehr großer Teil der chemischen Industrie und die Straßenbahn können nicht beliefert werden.

Der württembergische Landtag hat sich gestern bis zum Herbst vertagt, nachdem zuvor das dielunirritierte Pfarrbesoldungsgesetz angenommen worden ist. Der Beitrag des württembergischen Staates zur Reduktion der Verschuldung mit 30 Millionen Mark wurde ebenfalls angenommen.

Wahngang der Arbeitslohnzahl in London. Die Zahl der Arbeitslosen Großbritanniens betrug am 22. Juli 1 870 000, das sind 145 000 weniger als in der Vorwoche.

